



Jörg Hofmann

Erster Vorsitzender der IG Metall

Sozialstaatskongress

„Sozialstaat 4.0 – sicher, gerecht und selbstbestimmt“

Berlin, 27. Oktober 2016

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

1. Warum brauchen wir einen Sozialstaat 4.0?

Sehr geehrte Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Warum brauchen wir einen Sozialstaat 4.0?

Die Antwort ist ganz einfach: Unser Sozialstaat ist in keiner guten Verfassung. Er hält seine Versprechen nicht mehr für alle ein. Er droht zudem zwischen den Veränderungen der Arbeits- und Lebensverhältnisse - durch Digitalisierung einerseits und Globalisierung andererseits - zerrieben zu werden.

Und daher müssen nicht nur die Inhalte des Sozialstaats neu bestimmt, sondern auch die Funktionsweise des Sozialstaats muss neu gestaltet werden.

Denn: Was ist das Ziel des Sozialstaats? Was steht auf dem Spiel?

Es geht in letzter Zeit mehr denn je um den Zusammenhalt und um die Solidarität in unserer Gesellschaft. Daher geht es bei der Diskussion um die Zukunft des Sozialstaats auch um die Zukunft eines Sozialmodells, das sich als Kompromiss zwischen ungebändigtem Kapitalismus und staatlich reglementiertem Sozialismus als soziale Marktwirtschaft in Deutschland entwickelt und bewährt hat.

Ein Sozialmodell, das unzweifelhaft Erfolge hatte und hat. Lebensstandard, Arbeitsqualität, Teilhabe aller - jenseits der sozialen Klassenschranken - haben sich im Vergleich zu den Gründerjahren der Bundesrepublik deutlich und für alle abhängig Beschäftigten verbessert.

Doch offensichtlich ist auch: Dieses Wohlfahrtsversprechen gilt heute für immer weniger Menschen. Es wird brüchig.

Was heißt das für die Zukunft unseres Sozialstaates, auch angesichts der massiven Veränderungen von Arbeits- und Lebenswelt durch Digitalisierung und Globalisierung?

Die Antwort auf die Frage nach der Zukunft finden wir nicht in den inflationären Veranstaltungen, Foren und Manifesten wie etwa der „Agenda für Deutschland“, die letzte Woche vom *Handelsblatt* mit großem Bahnhof dargestellt wurde. Was da als Modernisierungsagenda für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft dargestellt wird, ist eine technokratische Schwundstufe des Politischen. Die hat sich vom Alltagsdiskurs der Menschen, ihren Sorgen, Nöten und Ängsten weit entfernt!

Offensichtlich hat der öffentliche Mainstream-Diskurs über Digitalisierung und Globalisierung nicht geschnallt, um was es angesichts von auseinanderdriftenden Lebensbedingungen in unserem an sich reichen Land gehen müsste: nämlich um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Und dieser Zusammenhalt steht und fällt mit der Frage, ob es gerecht zugeht in diesem Staat. Heute und auch in der Arbeits- und Lebenswelt von morgen. Dazu ist Wachstum auf Basis von Innovation und Investitionen zwingend notwendig, aber längst nicht hinreichend.

1.1. Meine erste Feststellung:

Unser Sozialstaat steckt in einem Legitimationsproblem. Offensichtlich gelingt es nicht, soziale Verwerfungen und Ungerechtigkeit auszugleichen.

Welche Verwerfungen sind besonders auffällig und verlangen dringend nach einem Umsteuern?

Vier Beispiele:

Beispiel eins – Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Betrachtet man lange Zeitreihen, so hat sich die Einkommensungleichheit in Deutschland heute wieder dem Niveau vom Ende des wilhelminischen Kaiserreichs angenähert. Der Staat hat den Arbeitsmarkt dereguliert. Und so ist der größte Niedriglohnsektor Europas entstanden, dessen Folgen durch staatliche Transferleistungen abgemildert werden müssen. Deutschland hat eine der höchsten

Transferquoten in Europa. Das ist kein Ausweis von Sozialstaatlichkeit, sondern von sozialpolitischer Fehlsteuerung.

Beispiel zwei: Bildungschancen nach sozialer Herkunft.

Die soziale Selektion des deutschen Bildungssystems wirkt so stark wie einst Ende der 60iger Jahre. Kinder aus Akademikerfamilien beginnen zu 77 Prozent ein Studium, Kinder aus Nichtakademikerfamilien zu 23 Prozent.

Drittes Beispiel: Lebenserwartung nach sozialem Status.

Die durchschnittliche Lebenserwartung entscheidet sich am Einkommen. Ist das Rentenalter erreicht, liegt die weitere Lebenserwartung eines Angehörigen der Oberschicht auf einem doppelt so hohen Niveau wie die eines Angehörigen der Unterschicht. Der erste erhält nach Renteneintritt im Durchschnitt noch 16 Jahre lang Rente, der zweite nur acht Jahre.

Viertes Beispiel: Ungleiche Einkommenschancen.

„Gleiches Entgelt für gleiche Arbeit“ – das können wir durch Tarifverträge in einer Branche durchsetzen. Aber die Einkommenschancen in Deutschland sind ungerecht zwischen den Branchen verteilt: Bei vergleichbarer Qualifikation verdient eine Fachkraft der Exportindustrie doppelt so viel wie eine Fachkraft der privaten Dienstleistung. Als Kunde profitieren wir davon, dass die textile Reinigung keine Metalltarife abrechnet und die Pflegekraft aus Polen irgendwie erschwinglich ist. Aber gesellschaftlich ist dies eine Fehlentwicklung.

Allein diese vier Beispiele zeigen:

Wir brauchen ein Umsteuern für mehr Gerechtigkeit – sonst vertieft sich die Spaltung der Gesellschaft. Globalisierung und Digitalisierung wirken zudem als Zentrifugalkräfte. Ein „weiter so“ kann nicht gutgehen. Soll die Zukunft nicht dem Markt überlassen werden, müssen wir jetzt gegensteuern. Auch bei uns, bei der IG Metall, sind Entschiedenheit, Dynamik und Innovation gefragt und nicht die Erbschaftsverwaltung.

1.2 Meine zweite Feststellung:

Der Klassenkompromiss unseres Sozialstaates beruht auf dem ungeschriebenen Gesetz, das von Wohlstandszuwächsen bei allen etwas ankommt, wenn auch oft ungerecht verteilt. Weil der Kuchen insgesamt größer wird, wird auch das eigene Kuchenstück größer – egal, wie groß die Stücke der anderen Gäste an der Kaffeetafel sind.

Doch diese Vision entspricht nicht mehr der Realität. Sie gilt für wachsende Teile unserer Bevölkerung immer weniger und für die Mehrzahl nur noch als brüchiges Versprechen. Dies erschüttert zutiefst die Legitimität des demokratischen Sozialstaats.

- „Leistung muss sich lohnen“ – ist der normative Schlüssel unserer Erwerbsgesellschaft. Leistung lohnt sich aber immer weniger für das Viertel der Beschäftigten, die heute im Niedriglohnsektor beschäftigt sind, oft in prekären Arbeitsverhältnissen mit Befristungen, Leiharbeit, ohne Betriebsrat und tariflichen Schutz und ohne reale Aufstiegschancen.
- „Leistung muss sich lohnen“ – ist aber auch für die immer noch sehr große Zahl der Beschäftigten in stabilen Arbeitsverhältnissen ein unsicheres Versprechen für sie selbst und für ihre Folgegeneration geworden. Die soziale Mobilität in Deutschland kennt oft nur eine Fahrtrichtung des Fahrstuhls, und die zeigt nach unten. Auch zwischen den Generationen.
- Beispiel Einkommen und Vermögen: Während die Vermögen Vermöglicher schneller wachsen, weil Erbschaft und Einkommenshöhe es ermöglichen, sind einkommensschwache Haushalte faktisch von der Vermögensentwicklung ausgeschlossen. Die Aufstiegsmöglichkeiten durch Zuwachs an Vermögen und Einkommen sinken erstmals wieder zwischen den Generationen.
- Beispiel Bildung: Es gibt in Deutschland keine eindeutige Aufwärtsmobilität in Bezug auf Bildungsabschlüsse. Während in der Mehrzahl der OECD-Länder heute im Durchschnitt Kinder einen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern erreichen, gilt für Deutschland: Es herrscht Stillstand. Die von vielen Eltern

immer wieder geäußerte Hoffnung: „Meine Kinder sollen es durch Bildung und Ausbildung einmal besser haben als wir selbst“ bleibt unter dem Strich für deutsche Familien ein frommer Wunsch.

Kurzum: Das Wohlfahrtsversprechen wird brüchig. In der gemeinsam von WZB, infas und der ZEIT erstellten Studie „Das Vermächtnis – Die Welt, die wir erleben wollen“ wurde dies überdeutlich: Auch wenn die eigene Situation, etwa die Sicherheit des Arbeitsplatzes, noch gut eingeschätzt wird - dies auch als wichtiger Wert gesehen wird - glauben viele Menschen hierzulande nicht daran, dass sichere Arbeitsplätze auch in Zukunft die Arbeitswelt prägen.

Und ein weiterer Punkt lässt am Wohlstandsversprechen Zweifel aufkommen: Das Wohlstandsversprechen unseres Sozialstaates setzt Wachstum voraus. Ohne Wachstum und ohne steigende Produktivität gibt es kein Mehr, das verteilt werden kann, auch wenn es ungleich verteilt wird. Die Gesellschaft würde sich eindeutig in Gewinner und Verlierer, nicht nur an ihrem Rand, teilen. Und eine Gesellschaft, die sich in Gewinner und Verlierer teilt, kennt keinen Zusammenhalt.

Die These, die Produktivitätszuwächse in entwickelten Industrieländern würden trotz Digitalisierung dauerhaft sinken, oder die These, ökologisches Wirtschaften wäre nur durch Nullwachstum erreichbar, entwickeln ordentlich Sprengstoff für die Frage, welche Perspektiven der Sozialstaat hat. Ich teile diese Thesen nicht.

Und schon gar nicht die daraus abgeleitete Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, um Sozialstaatlichkeit und Wachstum zu entkoppeln. Dies überzeugt nicht. Denn damit wäre der Sozialstaat zurückgeworfen auf seine Rolle als Fürsorgestaat mit Leistungen nach Kassenlage. Fein heraus wären dann die Arbeitgeber: Ihre Verantwortung zur Finanzierung und Mitgestaltung des Sozialstaates wäre aufgehoben.

Alle Umfragen zeigen: Für die Beschäftigten sind Maßstäbe wie Leistungsgerechtigkeit, sichere Arbeit für alle und Selbstbestimmung entscheidend, wenn es darum geht, zwischen Gut und Schlecht zu unterscheiden. Das gilt auch für

eine Rationalität wirtschaftlichen Handelns, die nachvollziehbar ist. Hier zeichnen sich Konfliktlinien ab, hier wächst Widerstand.

Wir brauchen einen Sozialstaat, der schützt und gestaltet, der seine Legitimität aus allgemein akzeptierten Idealen und Werten wie Leistungsgerechtigkeit, Würde und Solidarität, Selbstbestimmung und Beteiligung bezieht.

1.3 Meine dritte Feststellung.

Der Sozialstaat ist in keiner Epoche seiner Geschichte „vom Himmel gefallen“. Immer war er Resultat politischer und gewerkschaftlicher Kämpfe. Sozialstaat wurde schon immer „gemacht“. Und er schuf sich seine Institutionen. Für beides war die Tarifbindung zentral. Deshalb wirkt sich der Rückgang der Tarifbindung so schädlich auf die Verfasstheit des Sozialstaates aus. Das gleiche gilt für die wachsende Anzahl von Betrieben ohne Betriebsrat.

Brüchig wird sozialstaatliche Handlungsfähigkeit auch durch die Öffnung der Arbeitgeberverbände für OT-Betriebe. Damit wandelte sich Gesamtmetall von einem den Sozialstaat mitgestaltenden Tarifverband zum Lobbyverein für Arbeitgeberinteressen und musste sich kürzlich vom Bundespräsidenten die Frage gefallen lassen, wofür dieser Verein denn nun stehe. Eine Frage, deren klarer Beantwortung Gesamtmetall durch mäandernde Unentschlossenheit ausweicht.

Mangelnde Tarifbindung zwingt den Staat zum Handeln. Aber mit Gesetzgebung alleine lässt sich diese Lücke nicht schließen. Besonders, wenn wir die anstehenden zukünftigen Entwicklungen anschauen: Regulierung der Leiharbeit - Schlupfloch Werkverträge. Regulierung des Mindestlohns - Schlupfloch Soloselbstständigkeit und Clickworking. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Wir brauchen mehr Tarifbindung und Mitbestimmung, mehr Beteiligung, damit passgenaue, differenzierte und schnelle Regulierungen gefunden werden können, die der Dynamik und Unterschiedlichkeit der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung gerecht werden. Und dies verlangt eine funktionierende Tarifpartnerschaft.

Das Grundgesetz überträgt die Gestaltung der Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen in unserem demokratischen Sozialstaat den Tarifvertragsparteien und weist damit dem Staat eine subsidiäre Rolle zu. Die plausible Annahme: Konkret vor Ort tätige Tarifparteien kennen die konkreten Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen in ihrer Unterschiedlichkeit.

Ein weiteres Argument für die Tarifpartnerschaft: So gewinnt der Sozialstaat durch die aktive Beteiligung seiner Akteure - Beschäftigte und Arbeitgeber und deren selbständiges Ringen um Kompromisse - Legitimation. Und daher ist der Kampf um mehr Tarifbindung so wesentlich für die Zukunft unseres demokratischen Sozialstaates.

Das bedeutet aber auch, dass wir unser eigenes Handeln verändern müssen. Wir handeln in Belegschaften, die vielfältiger geworden sind. Wir handeln zusammen mit Mitgliedern und Beschäftigten, die in der Mehrzahl gut qualifiziert sind und den Anspruch haben, beteiligt zu werden.

Auch die Funktionsweise unserer Betriebspolitik und Tarifpolitik muss auf einen neuen Modus umgestellt werden, wollen wir den Sozialstaat 4.0 wirksam mit gestalten. Gerade im Betrieb werden dafür die Weichen gestellt: Gelingt es uns, eine aktive Betriebspolitik zu entwickeln, die Schutz und Gestaltung einfordert? Oder handeln wir nur reaktiv, um Schlimmstes zu verhindern? Auch daran wird sich unser Einfluss auf mehr Gerechtigkeit in der Arbeitswelt von morgen entscheiden.

Wir brauchen die Stärkung der Tarifbindung, eine aktive Betriebspolitik und ein neues Ineinandergreifen der Räder von Gesetz, Tarif und Mitbestimmung, soll es in Zukunft gerecht zugehen - und dies für alle!

2. Drei Beispiele radikalen Umsteuerns

Den Sozialstaat weiterzuentwickeln, verlangt ein radikales Umsteuern. Ein Umsteuern, das bevorstehende gesellschaftliche Entwicklungen antizipiert.

Ich will nur drei Themen ansprechen.

Zum Ersten: Die Digitalisierung der Arbeitswelt verändert massiv die Tätigkeitsprofile, vernichtet Arbeit und schafft neue Arbeitsfelder. Auch wenn heute keiner verlässlich sagen kann, was dies für den Saldo an Beschäftigung bedeutet, ist eine Aussage sicher: Die Geschwindigkeit des Wandels und damit der Veränderungen von Anforderungen an die Beschäftigten nimmt zu. Technologiesprünge verlangen während des Arbeitslebens berufliche Neuorientierung.

Dies verlangt, dass Bildung während des gesamten Erwerbslebens individueller Rechtsanspruch und der Zugang zu Bildung und Weiterbildung ein öffentliches Gut werden.

Auch hier ist ein radikaler Umbau unserer Bildungslandschaft zwingend:

- Gleiche Bildungschancen erfordern mehr soziale Durchlässigkeit. Das beginnt beim Ausbau individueller Förderung im Vorschulalter und wird fortgeführt in einem eingliedrigem Schulsystem und in durchlässigen Systemen beruflicher Bildung, die berufliche Entwicklung auf allen Qualifizierungsstufen ermöglichen.
- Die Durchsetzung des Anspruchs auf berufliche Erstausbildung für alle muss ergänzt werden durch den Anspruch auf berufliche Fortbildung und berufliche Neuorientierung während des Berufslebens. Dieser Anspruch ist auch institutionell abzusichern. Berufsschulen und Hochschulen müssen nicht nur Orte der Erstausbildung, sondern der beruflichen Bildung im Erwerbsleben werden. Hierfür sind sie auch fachlich und finanziell auszustatten.
- Arbeitgeber sind zur Ausbildung und Fortbildung verpflichtet. Betriebsräte brauchen ein durchsetzbares Initiativrecht, um diese Verpflichtung durchzusetzen. Hierzu gehört auch, dass Arbeitsplätze Lernplätze werden. Die Integration von Arbeit und Lernen muss zur Norm der Arbeitsgestaltung werden.

Zum Zweiten: Die umfassende und immer schnellere Veränderung unserer Wertschöpfung ist eine unbestreitbare Tatsache: neue Produkte, neue Prozesse, neue Geschäftsmodelle auf der einen Seite, Wegfall von Tätigkeiten bis hin zum Aus für Betriebe auf der anderen.

Beispiel Fahrzeugbau: Kommt die Elektrifizierung in den nun von den Herstellern angekündigten Größenordnungen, bedeutet dies für hunderttausende von Arbeitsplätzen in der Branche in den nächsten 15 Jahren einen massiven Wandel.

Werden insbesondere Zulieferfirmen vom Markt gedrängt, entstehen neue Geschäftsmodelle.

Dies verlangt vom Sozialstaat, diese ständigen Transformationen in der Arbeitswelt gerecht und sicher zu gestalten. Und verlangt damit auch eine Abkehr von der Arbeitsmarktpolitik der Agenda 2010:

- Die Vermittlungslogik „Jede Arbeit ist besser als keine“ führt in die Sackgasse. Qualifikation für die Arbeitsaufgaben von Morgen muss im Mittelpunkt stehen. Die Zumutbarkeit von Arbeit muss an den Erhalt oder den Ausbau des Qualifikationsniveaus gekoppelt werden. Veränderung darf nicht als ständige Abstiegsdrohung und Entwertung erbrachter Bildungsanstrengungen empfunden werden.
- Transformationsprozesse in den Betrieben müssen mitbestimmt und tariflich abgesichert gestaltet werden. Die Mitbestimmung des Betriebsrats bei Betriebsaufspaltungen, Ausgliederungen und Neugründungen im Konzern ist zu erweitern. Die Fortgeltung von Tarifverträgen bei Ausgliederungen ist -zumindest befristet - kollektiv zu sichern.
- Die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung ist erforderlich. Sie eröffnet durch präventive Förderung von Qualifizierung Perspektiven für die Beschäftigten, deren Tätigkeiten absehbar wegfallen oder sich grundlegend ändern. Zwar muss die Anpassung der Qualifikation weiter Aufgabe des Betriebes sein, doch muss die Arbeitsagentur gerade in KMU-Betrieben eine proaktive Personalentwicklung unterstützen.

Zum Dritten: Lebensentwürfe und Erwerbsformen werden unterschiedlicher. Dies gilt für das Bild von Familie und Partnerschaft. Das gilt für den Wechsel zwischen lohnabhängigen und selbständigen Erwerbsformen. Phasen von Arbeit und Phasen von Fortbildung. Arbeit ist und bleibt aber der zentrale Platzanweiser in dieser Gesellschaft.

Ich meine: Der Sozialstaat muss auf noch breitere und solidarische Füße gestellt werden. Er muss noch stringenter mit der Erwerbstätigkeit verknüpft werden.

Das erfordert einen deutlichen Umbau

- unseres Sozialversicherungssystems in Richtung einer Erwerbstätigenversicherung, in die alle Erwerbstätigen, auch Selbständige, Beamte und Politiker, einzahlen.

- unseres Steuersystems durch die Abschaffung des Ehegattensplittings, das heute Nicht- oder Teilerwerbstätigkeit eines Partners subventioniert, zu Gunsten einer Individualbesteuerung und einem Ausbau direkter Transferleistungen, etwa des Kindergelds oder des Pflegegelds.
- unseres Arbeitsmarkts, in dem möglichst durchgängige Erwerbsbiografien ermöglicht werden. Dies gelingt durch Ansprüche auf individuelle Arbeitsverkürzung mit Lohnausgleich für Kinderzeiten, Pflegezeiten und Weiterbildungszeiten. Dazu gehört aber auch, prekäre Erwerbsformen – Stichwort: Mini-Jobs oder sachgrundlose Befristungen - einzuschränken bzw. zu verbieten.

Diese drei Beispiele zeigen, wie der Sozialstaat durch radikales Umsteuern weiter zu entwickeln ist, durch ein Umsteuern, das den Sozialstaat für die digitale und globale Arbeitsgesellschaft fit macht, ohne dass sein Versprechen auf Gerechtigkeit, Sicherheit und Selbstbestimmung für alle verloren geht. Und genau darum geht es beim Sozialstaat 4.0.

3. Wie kommen wir zum Sozialstaat 4.0?

Eine solche Reform des Sozialmodells muss erkämpft und durchgesetzt werden, wenn sich nicht die Kapitalinteressen einseitig durchsetzen sollen.

Das muss sich in unserem konkreten Handeln im Betrieb, bei Tarifverhandlungen und in unserem Druck auf Politik zeigen.

Hierfür steht etwa unsere Arbeitszeitkampagne.

Der Arbeitszeit kommt eine Schlüsselrolle für die Gestaltung der Arbeitswelt zu: Arbeitszeit ist neben Einkommen das, was die Menschen beschäftigt, was ihr Leben prägt. Beim Thema der Arbeitszeit wird unser Handeln als Gewerkschaft konkret: Wirken wir als IG Metall und Betriebsräte im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder nicht?

Und Arbeitszeit hat viele Dimensionen: Arbeitsplatzsicherheit, Gesundheit, ständige Mehrarbeit, kurze Ankündigungsfristen, keine eigenen Freiräume. Bei all diesen Fragen wird ganz konkret über das Arbeitsleben jedes Einzelnen entschieden.

Die Debatte um Arbeitszeit macht deutlich: Die Beschäftigten wollen Schutz, Sicherheit für den Job, Schutz vor Überlastung und Gesundheitsgefährdung. Der einzelne Arbeitnehmer braucht Schutz und Sicherheit. Und dies mehr denn je, angesichts der Reichweite des anstehenden strukturellen Wandels.

Schutz - das klingt oft etwas altbacken. Aber dennoch ist und bleibt es eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Ohne sicheren Job und ohne Gesundheit keine berufliche Entwicklung, kein Mehr an Selbstbestimmung, keine Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. Schutz und Gestaltung gemeinsam zu denken, heißt nicht auf Altem zu beharren. Schutz und Gestaltung brauchen Anpassung an neue Arbeitswelten.

Die Konfliktlinie ist damit klar vorgezeichnet:

Zustimmen können wir dem BDA-Präsidenten Kramer, wenn er sagt: „Wir können nicht mit den Regulierungen der dritten industriellen Revolution die Wirtschaft 4.0 regulieren.“

Aber seine Schlussfolgerung lehnen wir entschieden ab, wenn er weiter sagt, man brauche da keine neuen Regeln, das könne der Einzelne viel besser selbst bestimmen. Wir wissen: Der oder die Einzelne sitzt langfristig immer am kürzeren Hebel. Nur das kollektive Aushandeln im Betrieb, im Tarif, im Suchen demokratischer Mehrheiten in der Gesetzgebung, hilft den Interessen der Beschäftigten.

Der Sozialstaat 4.0 bildet sich nicht durch politische Deklaration. Er ist und bleibt das Ergebnis sozialer Kämpfe um mehr Gerechtigkeit in der Arbeit, in der Gesellschaft. Dies gilt für Deutschland. Dies gilt im Übrigen auch für Europa.

Die Zukunft dieses Sozialstaats dürfen wir auf keinen Fall den europäischen Rechtspopulisten - von der AfD bis zum Front National – überlassen, die die Menschen belügen mit dem Versprechen, man könne die Zeit zurückdrehen.

Die allen gesellschaftlichen Fortschritt, Gleichberechtigung und Vielfalt als Bedrohung an die Wand malen und nicht als Chance sehen. Die mit dem nebulösen Versprechen eines starken Staates die Menschen für sich gewinnen und bestehende demokratische Strukturen diskreditieren.

Die Zukunft des Sozialstaats dürfen wir auch nicht der verantwortungslosen Clique um Boris Johnson überlassen, die in Großbritannien die Brexit-Kampagne gepusht hat, um sich dann aus der Verantwortung zu stehlen.

Es gilt aber auch: Wenn wir unsere Kritik am derzeitigen Zustand unseres Sozialstaates zurückhalten, wenn wir meinen, durch das Konservieren des Status quo und das Verschweigen seiner Brüchigkeit und Ungerechtigkeit könnten wir ein jetzt notwendiges Umsteuern umgehen, dann spielen wir diesen Rechtspopulisten in die Hände.

Wenn Angela Merkel den DGB-Vertretern vorgeworfen haben sollte, so zumindest die Medienberichte, mit der Rentenkampagne würde der DGB der AfD in die Hände spielen, dann erhebt sie dieses Wegducken und Herummogeln zur Staatsraison. Und dies - nicht die Kritik an der Rentenpolitik und das Einbringen von eigenen Vorschlägen, heißt Öl ins Feuer der Rechtspopulisten und ihren platten Attacken auf das „System“ und dessen Ignoranz gegenüber dem „einfachen Mann auf der Straße“ zu gießen.

Die Notwendigkeit eines grundsätzlichen Umsteuerns liegt insbesondere für Europa auf der Hand. Auch dort werden die Versprechungen eines europäischen Sozialmodells nur dann glaubhaft, wenn endlich die angebliche Alternativlosigkeit der Sparpolitik zu Lasten der Sozialhaushalte und Arbeitnehmerrechte hinterfragt wird. Und es genügt nicht, die Vision eines Europas zu zeichnen, das sich in schönen Deklarationen und Regierungserklärungen den Idealen von Gerechtigkeit und Sicherheit verschrieben hat. Europa muss seine politische Gestaltungsfähigkeit durch konkretes politisches Handeln unter Beweis stellen. Gewerkschaften haben mehr Verantwortung als es das Schreiben von Resolutionen verlangt.

Der Sozialstaat 4.0 wird gemacht. Durch uns, durch unser Handeln im Betrieb, in der Tarifpolitik, durch öffentlichen Druck.

Den Sozialstaat der Zukunft zu gestalten, ist anspruchsvoll und einfach zugleich: Denn handeln kann jeder: jetzt, sofort, gemeinsam.

Wir tun es. In unserer Arbeitszeitkampagne, im Betrieb und in unseren Tarifrunden, in unserem Ringen um mehr Tarifbindung in den Geschäftsstellen, in unseren politischen Zuspitzungen zur Bundestagswahl – etwa zur Rente.

Wir wollen, dass Zusammenhalt und Demokratie eine Renaissance erfahren – und dies auch und gerade angesichts von Digitalisierung und Globalisierung. Daher ist Einmischen angesagt.

Die Frage des Kompromisses zwischen Arbeit und Kapital, wie sie unserem Sozialstaat zugrunde liegt, gehört nicht der Vergangenheit an. Sie ist auch zukünftig zentral und bleibt abhängig von unserer Stärke, von unserer Entschiedenheit, aber auch von unserer Bereitschaft, neue Wege zu gehen.

Der Sozialstaat 4.0 wird gemacht – durch uns!